

CAI EAS
C186
Nov. 10/76
DOCS

Profil **Kanada**



Jahrgang 3, Nr. 23

10. November 1976

Ottawa, Kanada

Außenminister Jamieson spricht vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, S. 1

Wiederaufbau in Guatemala, S. 3

Leberkrebs - eine neue Methode zur Frühdiagnose, S. 4

Kanada erwartet ein neues Kohlezeitalter, S. 5

Don Jamieson in Washington, S. 7

Kurznachrichten, S. 8

Außenminister Jamieson spricht vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen

Eine Überprüfung der Stellung Kanadas als Herkunftsnation von Friedenstruppen auf Zypern; Israels Recht auf Teilnahme an der Vollversammlung der Vereinten Nationen; institutionelle Veränderungen, Terrorismus, Abrüstung, das Seerecht, - das waren einige der Themen, die Außenminister Don Jamieson am 29. September vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Sprache brachte.

Friedenssicherung auf Zypern

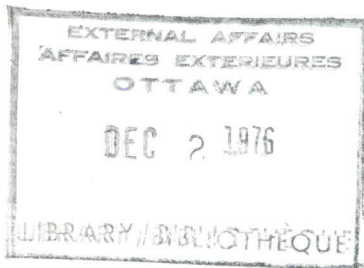
In seiner ersten Rede seit seiner Ernennung zum Außenminister am 15. September sagte Minister Jamieson, daß die Kosten für die Friedenstruppen die eingenommenen Beiträge um 40 Mio Dollar überstiegen und daß nur etwa ein Dutzend Mitglieder in den ersten Monaten dieses Jahres Beiträge auf dieses Sonderkonto überwiesen hätten.

Abschließend führte er aus: "Wenn sich diese Kontroverse nicht bald ihrer Beilegung nähert, wird meine Regierung die Frage der Entsendung kanadischer Truppen nach Zypern einer erneuten Erwägung unterziehen müssen".

Auf einer Pressekonferenz sagte er später, Kanadas Entscheidung werde "davon abhängen, ob eine Erhöhung der Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung eintritt".

Israels Recht auf Mitgliedschaft

Nach Ansicht der kanadischen Regierung sollte ein Volk, das als Mitglied der Vereinten Nationen aufgenommen worden ist, auch Mitglied bleiben, sagte der Minister. "Wir meinen, daß die Empfehlung, ein Mitglied wegen Verletzung der Charta auszuschließen, zu einem gefährlichen Präzedenzfall führen würde, falls dies nicht mit Zustimmung aller Mitglieder geschieht Wir hören von Zeit zu Zeit Drohungen, Israels Recht aufzuheben, an der Vollversammlung teilzunehmen. Kanada würde sich einem solchen Vorgehen widersetzen. Jeder Entzug von Mitgliedsrechten aus Gründen, die nicht in der Charta verankert sind, würde die Versammlung zum Gespött machen. Unsere Aufgabe ist es, Probleme zu erörtern, nicht sie zu



Weitere Broschüren, Informationsblätter usw. über Kanada sind bei folgenden kanadischen Auslandsvertretungen erhältlich:

Kanadische Botschaft
53 Bonn/BRD
Friedrich-Wilhelm-Str. 18
Kanadische Militärmission und
Kanadisches Konsulat
1 Berlin 30
Europa-Center
Kanadisches Generalkonsulat
4 Düsseldorf/BRD
Immermannstr. 3
Kanadisches Generalkonsulat
7000 Stuttgart 1/ BRD
Königstr. 20
Kanadisches Generalkonsulat
2000 Hamburg 36/BRD
Esplanade 41/47
Kanadische Botschaft
1010 Wien/Osterreich
Dr.-Karl-Lueger-Ring 10
Kanadische Botschaft
3000 Bern/Schweiz
Kirchenfeldstr. 88

unterdrücken".

Institutionelle Veränderungen

In Bezug auf institutionelle Veränderungen sagte der Minister, die kanadische Regierung würde allen Organen der Vereinten Nationen, deren Mitglied sie ist, ihre volle Unterstützung gewähren; "sie würde jede Neigung zur Boykottierung von Einrichtungen der Vereinten Nationen ebenso bedauern wie die einseitige Minderung von festgelegten Beiträgen zu VN-Organisationen, selbst wenn ein Teil ihrer Tätigkeit von einigen Staaten womöglich als schädlich oder ordnungswidrig angesehen wird Wie dem auch sei, wir glauben, daß es unklug ist, eine Abstimmung über Resolutionen zu Problemen erzwingen zu wollen, denen die Mitglieder in zwei völlig getrennten Lagern gegenüberstehen. Kanada bedauert es zum Beispiel, daß der Kampf gegen rassistische Diskriminierung, über den weitgehend Übereinstimmung herrscht, mit dem Zionismus gekoppelt wird, über den die Meinungen weit auseinandergehen. Falls diese Verkopplung beibehalten würde, wird meine Regierung an der für 1978 vorgesehenen Konferenz über rassistische Diskriminierung nicht teilnehmen."

Frieden und Sicherheit

Auf Südafrika eingehend, zollte Herr Jamieson "der von Geduld geprägten Diplomatie des amerikanischen Außenministers" Tribut und begrüßte "die augenscheinliche Sinnesänderung in Salisbury und Pretoria", die Dr. Kissinger offenbar erreicht hat. Auch die kanadische Regierung ist der Meinung, sagte er, daß die baldige Unabhängigkeit von Namibia und Rhodesien auf der Basis einer Mehrheitsregierung für den Frieden von Afrika notwendig ist. Kanada "ist ferner der Überzeugung, daß auch Südafrika den legitimen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ansprüchen der Mehrheit der Südafrikaner nachkommen muß, die von der praktisch einstimmigen Mehrheit dieser Versammlung unterstützt wird", wenn ein dauerhafter Friede auf der Grundlage rassistischer Harmonie erreicht werden soll.

Über den Nahen Osten sagte der Minister: "Letztes Jahr um diese Zeit gab es Grund zur Zuversicht, weil Ägypten und Israel über den Abzug ihrer Truppen von der Sinai-Halbinsel ein vorläufiges Abkommen schlossen". Er hoffe auf weitere Verhandlungen, die zu einem Friedensvertrag führen würden, welcher die legitimen Anliegen und Interessen des palästinensischen Volkes berücksichtigt. "Kanada", so stellte Herr Jamieson fest, "wird weiterhin seinen Beitrag zu den Friedenstruppen in diesem Gebiet leisten".

Bezüglich des Terrorismus unterstützt Kanada den Vorschlag der Bundesrepublik Deutschland, das Vorgehen gegen Geiselnahme vordringlich zu behandeln und "unbedingt ein internationales Übereinkommen zu erzielen, das die Bestrafung aller an solchen Handlungen Beteiligten sicherstellt, wo sie auch Zuflucht suchen mögen". Er erinnerte die Delegierten daran, daß es bereits Abkommen gegen das Luftpiratentum gibt und daß, wenn alle Staaten sie ratifizierten, "wir sicher sein könnten, daß die Flugzeugentführungen aufhören würden".

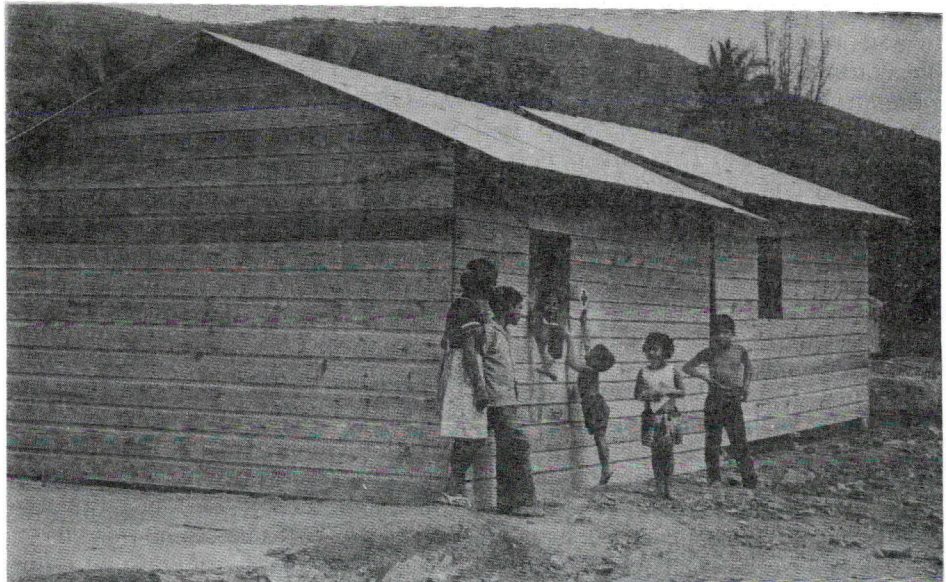
Herr Jamieson sagte weiter, daß die Probleme bei den Abrüstungsmaßnahmen und der unbefriedigende Fortschritt auf diesem Gebiet immer noch eine ernste Bedrohung des Friedens und der Ordnung in der Welt darstellen. In dieser Beziehung wäre Kanada bereit, den Vorschlag einer Abrüstungs-Sondersitzung der Vollversammlung im Jahr 1978 "wohlwollend" zu erwägen; aber die Mitglieder müßten bereit sein, ihre Anstrengungen zur Überwindung der Differenzen erheblich zu steigern. "Jetzt, in der Mitte des Abrüstungsjahrzehnts, teilen sich alle Mitglieder dieser Organisation in die Verantwortung, die wahren Widerstände gegen einen Fortschritt anzugehen. Aber das Schwergewicht dieser Verantwortung fällt auf die

(Schluß auf Seite 6)

Wiederaufbau in Guatemala

Wie das kanadische Außenministerium kürzlich bekanntgab, wird Kanada in den nächsten vier Jahren nahezu 13 Mio Dollar an Zuwendungen und Anleihen ausgeben, um Guatemala zu helfen, Wohnungen, Schulen und Wasserversorgungsanlagen wiederherzustellen, die durch ein Erdbeben vernichtet wurden.

Mit Mitteln des Kanadischen Roten Kreuzes werden im Laufe der nächsten Monate zehntausend Wohnungen für Geschädigte des verheerenden Erdbebens in Guatemala hergestellt und zwar in den Städten El Progreso, El Rosario, Jalapa, Salamá, Chimaltenango, Guatemala und Santa Maria Chiquimula.



Photos: Crombie McNeill

Diese Bilder zeigen Häuser, die aus kanadischem Baumaterial fertiggestellt, sodann von Freiwilligen zur Baustelle geschafft und in weniger als 90 Minuten zusammengesetzt wurden.

Armando Amado Chacon, der Präsident des Roten Kreuzes von Guatemala, sagte: "Mein Land war sehr gut zu mir. Aber Geld ist nicht alles, ein Mann hat auch das Bedürfnis, das, was er hat, mit seinen Landsleuten zu teilen. Ich glaube an die Grundsätze und die Arbeit des Roten Kreuzes in der ganzen Welt, deshalb arbeite ich seit 21 Jahren hier als Freiwilliger. Ich möchte auch dem Kanadischen Roten Kreuz und dem kanadischen Volk für ihre Teilnahme und ihre Unterstützung danken".



Diese Summen kommen zu den 4,2 Mio Dollar hinzu, die von dem kanadischen Amt für internationale Entwicklungshilfe in bar, an Nahrungsmitteln, orthopädischen Ausrüstungen und Baumaterialien seit dem Erdbeben im vergangenen Februar bereitgestellt wurden.

Private kanadische Hilfsorganisationen haben durch öffentliche Sammlungen 4 Mio Dollar zur Unterstützung des mittelamerikanischen Landes aufgebracht.

Das Spezialvorhaben sieht in den nächsten 2 Jahren Zuwendungen von 7,7 Mio Dollar in Form von Baumaterialien für Schulen, Krankenhäuser und Wohnungen vor. Eine zinsfreie Anleihe von 3,5 Mio Dollar mit einer Laufzeit von 50 Jahren soll

den Wiederaufbau ländlicher Wasseranlagen finanzieren, die durch das Erdbeben zerstört oder beschädigt wurden, und Zuwendungen von 1,8 Mio Dollar sollen der Regierung von Guatemala helfen, einen landweiten Gesamtplan für ländliche Wasserversorgungsanlagen zu erstellen.

Diese zusätzliche Unterstützung gehört zu Kanadas strategischem Plan internationaler Kooperation von 1975-1980, der mehr Hilfe für die ländliche Armut vorsieht, aber auch zu den auf der Habitat-Konferenz in Vancouver festgelegten Zielen, Entwicklungsländern bei der Versorgung ihrer Einwohner mit reinem Wasser und Wohnungen beizustehen.

Der Umfang der Zerstörung

Bei dem Erdbeben wurden 23 000 Menschen getötet und 80 000 verwundet. 28% der Bevölkerung blieben obdachlos. Das Leben weiterer 2,5 Millionen wurde direkt oder indirekt in Mitleidenschaft gezogen. Das durch die Katastrophe verursachte gesellschaftliche Elend kann nicht einmal geschätzt werden, aber die materiellen Verluste berechnete man auf 748 Millionen, von denen 63% auf den Wohnungssektor entfallen. Die Internationale Entwicklungsbank hat geschätzt, daß 1,1 Milliarden benötigt würden, um die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur des Landes wiederherzustellen.

Vierzig Prozent der 3,5-Millionen-Dollar-Anleihe für Ausrüstung und Material für ländliche Wasserversorgungsanlagen sind ungebunden, während die Zuwendung von 7 Mio Dollar aus kanadischem Baumaterial bestehen wird, das durch Genossenschaften und Gemeindeorganisationen geschleust werden wird, die mit der Regierung von Guatemala an dem Wiederaufbau von erdbebenbeschädigten Wohnhäusern und Schulen arbeiten.

Mit der Zuwendung von 1,8 Mio Dollar wird ein kanadisches Team die Regierung von Guatemala unterstützen, einen landweiten Gesamtplan für ländliche Wasserwerke aufzustellen. 250 Guatemalteken werden für den Betrieb und die Unterhaltung der Anlagen ausgebildet werden. Vor dem Erdbeben haben 539 Wasserversorgungsanlagen 8% der ländlichen Bevölkerung versorgt. Mit Kanadas Beistand werden 250 dieser durch das Erdbeben zerstörten oder beschädigten Anlagen wiederhergestellt werden.

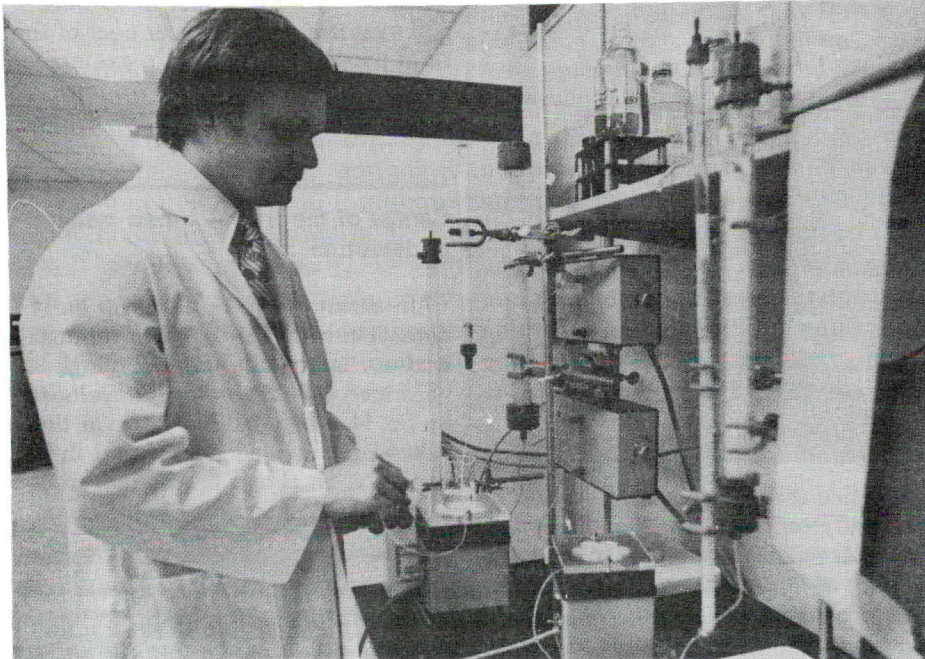
Leberkrebs - eine neue Methode zur Frühdiagnose.

Dr. M. Pagé und seine Mitarbeiter vom Hotel-Dieu-de-Québec-Krankenhaus in der Stadt Québec haben eine immunologische Methode zur frühzeitigen Entdeckung von Leberkrebs bei Arbeitern entwickelt, die mit Polyvinylchlorid * (PVC) in Berührung kommen. Die Arbeit von Dr. Pagé hat in der wissenschaftlichen Welt großes Interesse erweckt, und Spezialisten aus aller Welt haben die Methode auf dem internationalen Immunologie-Kongreß diskutiert, der vom 11-15. Oktober in Québec stattgefunden hat.

Dr. Michel Pagé, der seine Theorie vorlegte, arbeitet auf dem Gebiet des Krebsnachweises. Seine Forschung hat zur Entdeckung einer neuen Methode zur Ermittlung von Leberleiden geführt, zu denen auch die Krebsart gehört, die bei PVC-Arbeitern vorkommt. Die Methode besteht darin, die im Blutstrom des Patienten enthaltene Menge von Frühkrebsantigen zu messen - einer Substanz, die von einer Krebswucherung produziert wird.

* PVC ist ein Ölderivat, das seit mehr als 40 Jahren in der Industrie benutzt wird. 1937 stellten Wissenschaftler der Sowjetunion fest, daß PVC Verbrennungen und Knochendeformierungen hervorgerufen hatte.

Das Leberangiosarkom, die Krebsform, die anscheinend von PVC hervorgerufen wird, ist ziemlich selten. Es wird im allgemeinen erst bei einer Autopsie entdeckt.



Le Soleil

Dr. Michel Pagés Werk ist für die Wissenschaft und die Menschheit von großer Bedeutung.

Dr. Pagé begann, seine Theorie ohne jeden Zuschuß allein aus den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu beweisen. Inzwischen sind Regierungsbehörden auf seine Arbeiten aufmerksam geworden, und die Untersuchungen werden fortgeführt.

Zehn Fälle dieser Krebsart wurden bei Arbeitern der Shawinigan-Gegend in Québec diagnostiziert. Blutproben von 200 Arbeitern, die mit PVC in Berührung kamen, wurden von Dr. Fernand Delorme geliefert, einem Pathologen des Bezirkskrankenhauses in St. Maurice.

Dr. Pagés richtungsweisendes Experiment auf dem Gebiet der Immunologie ist für die Forschung in Québec ein bedeutender Erfolg, gleichzusetzen mit dem Werk von Dr. Armand Frappier und seinen Mitarbeitern aus Montreal, die als erste in der Welt nachweisen konnten, daß Quebecker Kinder, die mit BCG geimpft waren, gegen Leukämie, eine andere Krebsart, immun wurden.

Die BCG-Impfung wird gegen Tuberkulose eingesetzt, eine Krankheit, die in Québec noch vor wenigen Jahrzehnten grassierte.

(Auszug aus einem Artikel von Maréchal Francoeur, dem wissenschaftlichen Redakteur der Quebecker Zeitung Le Soleil.)

Kanada erwartet ein neues Kohlezeitalter

"Canadian Science" vom 3. September berichtet, daß Kanada wieder mit der Kohle rechnet, um seine Energieprobleme zu lösen. Da Öl knapper und teurer wird, ist die Kohle heute plötzlich wieder begehrter geworden. Kanada besitzt Kohle im Überfluß. Die Geologen schätzen, daß unter Kanadas Erde etwa 110 Milliarden Tonnen Kohle lagern, von denen etwa 40 Milliarden mit den Mitteln der heutigen Technik gewonnen werden können. Das größte Vorkommen ist in Alberta mit 22 Milliarden Tonnen. Weitere 18 Milliarden liegen in Britisch-Kolumbien und der Rest

verteilt sich auf Saskatchewan und Neuschottland.

Phillip Read, ein Beamter des Ministeriums für Energiewirtschaft, Bergbau und Rohstoffquellen, tritt für einen möglichst weitgehenden Ersatz des Heizöls durch Kohle bei der thermischen Elektrizitätserzeugung ein; er befürwortet auch den Einsatz von Kohle als Brennstoff bei der Erdölgewinnung aus den Ölsanden von Alberta. Ein anderer Weg zur Energieeinsparung ist die Benutzung von Methanol, das aus Kohle erzeugt wird, anstelle von Benzin. Laut Herrn Read haben Experimente bewiesen, daß Methanol bei den üblichen Verbrennungsmaschinen im Verhältnis 1 Teil Methanol auf 9 Teile Benzin eingesetzt werden kann. Ein allerdings leicht zu überwindender Nachteil des Methanolzusatzes besteht darin, daß das Methanol gewisse Gummi- und Kunststoffdichtungen angreift, die man heute noch beim Lagern und Handhaben von Benzin verwendet.

Methanol ist nur eines der Chemieprodukte, die sowohl aus Öl als auch aus Kohle gewonnen werden können. Herr Read sagt, daß in dieser Beziehung in Südafrika, das keine Ölreserven besitzt und deshalb dringend auf einen Ersatz dafür angewiesen ist, bereits heute viele dieser technischen Errungenschaften kommerziell verwertet werden. Südafrika erzeugt aus Kohle Benzol, Xylol, Naphta, Dieselmotorkraftstoff, Azeton und Methanol.

Ein Sparexperiment

Obgleich die Kohle allein schon durch die Verteuerung von Öl und Erdgas zunehmend an Anziehungskraft gewinnt, wird in Alberta jetzt ein Experiment unternommen, das die Kohle in kurzer Zeit sogar noch billiger und in der Anwendung bequemer machen könnte und so den Beginn des neuen kanadischen Kohlezeitalters beschleunigen würde. In Forestburg, rund 150 km südöstlich von Edmonton, ist Kanadas erste Versuchsanlage für die Untertagevergasung von Kohle in Betrieb genommen worden. Ein Kohlevorkommen wurde unter der Erde entzündet, um es in Heizgas zu verwandeln. Mit diesem Versuch will man zeigen, daß Kohle auch ohne teuren Abbau und Transport der Verwertung zugeführt werden kann.

Das Experiment wird finanziert von dem Forschungsrat und dem Ministerium für Energiewirtschaft und Naturschätze der Provinz Alberta, zusammen mit den Energiebehörden von Britisch-Kolumbien und Saskatchewan, dem Bundesministerium für Energiewirtschaft, Bergbau und Rohstoffquellen und elf privaten Gesellschaften. Wie Don Getty, der Minister für Energiewirtschaft von Alberta, ausführte, könnte dieser Versuch zu einer Methode der Ausbeutung von Kohlevorkommen führen, die bisher mit herkömmlichen Verfahren als nicht abbaufähig galten.

(Schluß von Seite 2)

Staaten mit Atomwaffen und auf andere Staaten von militärischer Bedeutung. Es sind nur bescheidene Fortschritte zu erwarten, solange wir nicht unsere traditionellen Vorstellungen eingehend überprüfen, die Sorge der anderen wegen ihrer Sicherheit gebührend würdigen und alle Möglichkeiten ergreifen, konkret zu handeln."

Das Seerecht

Herr Jamieson bezog sich dann auf die fünfte Sitzung der Seerechtskonferenz, die kürzlich zu Ende gegangen war, ohne daß in vielen Fragen eine Einigung erzielt worden wäre. Die Konferenz wird im nächsten Frühjahr wieder tagen und Kanada ist, wie er sagte, hinsichtlich des Gegenstandes der Konferenz stark engagiert, nämlich der neuen gesetzlichen Ordnung für die Weltmeere nach dem Billigkeitsprinzip bei einwandfreier Managementpraxis. "Als Kanadier aus der Provinz Neufundland, die von den Schätzen der See sehr abhängig ist", sagte er, "möchte ich die Versammlung nicht im Zweifel darüber lassen, daß Kanada um diese Belange ernstlich besorgt ist".

 Don Jamieson in Washington

In der Eröffnungswoche der VN-Vollversammlung hatte Bundesaußenminister Don Jamieson Ende September in New York erstmalig Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch mit seinem amerikanischen Kollegen Dr. Henry Kissinger. Ein zweites Treffen fand am 15. Oktober in Washington statt. In diesen Gesprächen erörterten die beiden Außenminister



eine Reihe von bilateralen und internationalen Fragen, z.B. Seegrenzen und Fischerei, Südafrika, Nichtverbreitung von Kernwaffen, gemeinsame Umweltschutzprobleme, Fernsehwerbungsprobleme im Grenzgebiet, Energie- und andere Wirtschaftsfragen.

Die Entscheidung Kanadas, seine Fischereihoheitsrechte ab 1. Januar 1977 auf 200 Seemeilen auszudehnen, so stellte der Minister fest, "geschah wegen der bedenklichen Abnahme des Fischvorkommens vor den kanadischen Küsten. Wir haben dies im Hinblick auf ein System der ordentlichen Bestandspflege und des sinnvollen Managements getan, das wir auf zweiseitiger regionaler Grundlage mit den großen Fischereistaaten ausgehandelt haben, die vor Kanadas Küsten fischen. Dieser Schritt ist auch mit der zunehmenden Übereinstimmung der Staaten untereinander vereinbar, die sich in dem Wortlaut der zusammengefaßten Verhandlungsgrundlage widerspiegelt, die aus der Seerechtskonferenz des letzten Jahres stammt und die in dem revidierten Text dieses Jahres ihre Bestätigung fand. Andere Staaten, darunter unsere nächsten Nachbarn, haben gleiche Maßnahmen getroffen oder angekündigt".

Der Minister erklärte weiter, daß in verschiedenen wichtigen Fragen Fortschritte auf der Konferenz erzielt worden seien. Zum Beispiel sei der Begriff einer vorbehaltenen Wirtschaftszone von 200 Seemeilen von vielen Seiten angenommen worden. Ebenso wurde die Notwendigkeit besonderer Vorkehrungen gegen die Meeresverschmutzung in eisbedeckten Gebieten wie der kanadischen Arktis allgemein anerkannt. Das Recht der Staaten an den Bodenschätzen außerhalb der Grenzen ihres Festlandsockels bis zum äußersten Festlandsrand sei auf der Konferenz von weiten Kreisen anerkannt worden, wenn auch über die Definition des Randes und über Vorschläge für die Aufteilung von Gewinnen aus Gebieten jenseits der 200 Seemeilenzone noch keine völlige Einigkeit erzielt worden sei. Wie Herr Jamieson sagte, sei eines der hauptsächlichen, nahverbleibenden Hindernisse bei der Seerechtskonferenz das Patt bei den Verhandlungen über den Tiefseebergbau jenseits der Ressourcenhoheit des Küstenstaates. "In diesem Falle und für andere noch unerledigte Angelegenheiten müssen wir international akzeptierte Lösungen finden um ernststen Konfliktstoff zu beseitigen und zum Besten der Menschheit".

Zum Schluß seiner Ansprache versicherte der Außenminister, daß Kanada ein "loyales" und, wie er hoffe, "konstruktives" Mitglied der Vereinten Nationen bleiben werde. "Wir schätzen die Möglichkeit, unsere Beziehungen mit befreundeten

Nationen nah und fern zu pflegen", erklärte er; "wir bleiben den Zielen und Grundsätzen der Charta verpflichtet".

Kurznachrichten

- Justizminister Ron Basford gab kürzlich bekannt, daß der Bund eine Untersuchung der juristischen Fakultät der Universität Victoria (Britisch-Kolumbien) finanzieren wird, die ermitteln soll, ob gewisse leichtere Kriminalfälle außerhalb des üblichen Kriminalprozeßverfahrens verhandelt werden können.
 - Jean Chretien hat bei seiner ersten Mission als Minister für Industrie, Handel und Gewerbe Maschinen und Magermilchpulver an Venezuela verkauft. Wie Herr Chretien sagte, wurde mit der venezolanischen Regierung ein Vertrag über den Verkauf von fünf Elektrizitätsgeneratoren im Wert von 60 Millionen Dollar und von 4500 t Überschuß-Magermilchpulver abgeschlossen.
 - Am 23. September meldete das Ministerium für Fernmeldewesen, daß eine internationale Gruppe, zu der auch die kanadische Regierung gehört, mit der amerikanischen Firma General Electric Verhandlungen über den Bau eines Versuchs-Satellitensystems zur Verbesserung der Flugverkehrskontrolle über dem Atlantik aufgenommen hat. Zwei Satelliten sollen in Umlauf gebracht werden, der erste Ende 1979, der zweite acht Monate später. Kanadas Besitzanteil an diesem Satellitensystem soll 6% betragen.
 - Der Bundesbeirat für die Stellung der Frau (Advisory Council on the Status of Women) hat den kanadischen Frauen nahegelegt, ihr Geld aus Banken zurückzuziehen, die in ihrem Direktorium keine Frauen haben. Der Beirat kritisierte den Vorstand der Royal Bank of Canada und der Bank of Nova Scotia, die kürzlich behauptet hatten, sie könnten keine Frauen finden, die geeignet seien, die Stellung eines Direktors auszufüllen.
 - Nach einer Meinungsumfrage der Universität Montreal ist die Mehrheit der Kanadier für engere Beziehungen zwischen Kanada und der Europäischen Gemeinschaft. 86% von insgesamt 1433 in 23 Städten Kanadas Befragten befürworteten eine Annäherung zwischen Kanada und Europa. Allerdings wissen viele nur wenig über die Organisation Europas.
 - Kanadische Familien gehen ebenso gern außer Hause essen wie die Amerikaner. Sie geben im Durchschnitt ein gutes Fünftel ihres Lebensmittelbudgets dafür aus, wie das Handbuch "Lebensmittel: Aufwendungen, Preise und Verbrauchsziffern" berichtet, das kürzlich von der Wirtschaftsabteilung des kanadischen Landwirtschaftsministeriums veröffentlicht wurde.
- 1975 entfielen ungefähr 78,5% der gesamten Ernährungsausgaben auf den Verzehr zu Hause. Die restlichen 21,5% gaben die Kanadier für Mahlzeiten außer Hause aus. Die Amerikaner verbrauchten eine Kleinigkeit weniger (76,5%) für Essen zu Hause und etwas mehr, nämlich 23,5%, für auswärtige Mahlzeiten.
- Die Kanadier gaben 1975 einen geringeren Anteil ihres verfügbaren Einkommens für Essen aus als 15 Jahre zuvor. Die Gesamtausgaben dafür betragen 1961 noch 21,6% des verfügbaren Einkommens, 1975 aber nur noch 18,2%. Die Amerikaner verbrauchten vergleichsweise 20% im Jahr 1961 und 17,1% im Jahr 1975.

Herausgegeben von der Informationsstelle des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Ottawa K1A 0G2.

Nachdruck unter Quellenangabe gestattet; Quellennachweise für Photos sind im Bedarfsfall von der Redaktion (Mrs. Miki Sheldon) erhältlich. Ähnliche Ausgaben dieses Informationsblatts erscheinen auch in englischer, französischer und spanischer Sprache.

This publication appears in English under the title Canada Weekly. Cette publication existe également en français sous le titre Hebdo Canada. Algunos números de esta publicación aparecen también en español con el título Noticiario de Canadá.